

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 J. Abendblatt 30 J. Reichsanzeiger
 A 2.50 Abendbl. A 1.— 30% Teuerungszuschlag.
 Stellungsangebote 10% Teuerungszuschlag. Familien-
 anzeigen, Sonderart. Platz- u. Datenvorsch., ohne
 Verbindlichk.—Anzeig. beim an-Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
 str. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Manuorstr. 16/18.
 Bremen: A. Waisenhausstr. 26. München: Fornsstr. 5.
 Osnabrück: Bleherorstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 62. Unsero Agenturen u. d. Ann.-Expod.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postschekkonto Frankfurt (Main) 1136.

Süddeutschland und die preußische Wahlreform.

Von D. Friedrich Holtermann (Köln).

Ob irgendwo in Deutschland außerhalb unserer Landesgrenzen, in Sachsen oder in Braunschweig oder sonstwo eine Wahlreform gemacht wird, dem stehen wir im Süden u. d. der Aufmerksamkeit des politisch interessierten, aber nicht beteiligten Zuschauers gegenüber. Wir wissen, unsere Angelegenheiten und Interessen werden davon nicht berührt. Es läßt auf den Gang der Dinge weiter keinen Einfluß aus. Ganz anders liegt das für uns in Süddeutschland bei der preußischen Wahlreform. An ihr sind wir innerlich und politisch mitbeteiligt. Und zwar nicht nur so, wie man eben Anteil nimmt, weil es uns aus unsern politischen Überzeugungen heraus nicht gleichgültig sein kann, wie im größten deutschen Bundesstaat das Wahlrecht gestaltet wird. Nein! Die preußische Wahlreform berührt unmittelbar auch unsere süddeutschen Interessen. Ob sie gemacht wird oder nicht, ob sie eine befriedigende oder unbefriedigende Lösung findet, das trifft auch uns. Wir empfinden sie in Süddeutschland in stärkstem Maß als eine deutsche Frage. Sie ist uns die wichtigste innerpolitische deutsche Angelegenheit.

Den Zustand, der durch die Gleichheit des Wahlrechts in Preußen beseitigt werden soll, empfinden wir im Süden als das Haupthindernis einer modernen, eines großen, starken Volkes würdigen Entwicklung des deutschen Staatslebens, für deren endliche Verwirklichung die letzte Stunde gekommen ist. Wir empfinden die Herrschaft einer bevorrechteten Schicht, einer kleinen Minderheit über den Staat und die Entrechtung der großen Masse des Volkes, wie das die tatsächliche Wirkung des in Preußen zu Recht bestehenden Wahlrechts ist, um so mehr als eine Unmöglichkeit und einen Fremdkörper im Gegenwartsstaat, als uns in Süddeutschland ein derartiger Zustand längst fremd geworden und überwunden ist. Dieser Zustand gibt durch das Gewicht Preußens, in dem eben vermöge dessen jene Minderheit herrscht, dieser einen Einfluß auf das Reich und seine politische Entwicklung, den wir als schädlich beurteilen müssen. Deutschland kann nicht mehr nach den Anschauungen der preußischen Feudalkaste und des Herren- und Beamtenstaates regiert werden. Weder nach innen noch nach außen. Ihre Machtstellung war der Alp, der Jahrzehnte auf die innerpolitische Entwicklung des Reichs gedrückt hat. Durch die notwendige Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten hatten sie bis vor kurzem stets einen der Thürigen auf dem ersten Posten des Reichs, und wenn einer nicht tat, wie sie wollten, dann hat man ihm das Leben so sauer wie möglich gemacht. Sie haben nicht geruht, bis der Erste, der, obwohl aus ihren Kreisen gekommen, an dem überwältigenden Erleben der Kriegszeit es einsehen lernte, daß Deutschland nicht mehr nach den junkerlichen Rezepten regiert werden kann und eheulich die Folgerungen daraus ziehen wollte, Bethmann Hollweg, zu Fall gebracht war. Auch nachdem sie längst nicht mehr eine maßgebende Stellung im Reichstag besaßen, hat das konservative Übergewicht in Preußen und in allen einflussreichen Stellen doch für die innere Entwicklung der Reichspolitik jene zahllosen Reibungen und Hemmungen verursacht, die unser innerpolitisches Leben lange Jahre so unfruchtbar gemacht und so viel gute Kraft verbraucht haben. Dieses Spiel sind wir in Süddeutschland gründlich müde. Sie verlangen endlich Schluß.

Zu diesen innerpolitischen Folgen der Herrschaft einer Minderheit in Preußen, die wir auch in Süddeutschland und das ganze Reich zu tragen bekommen haben, gehört nicht zuletzt die damit verbundene Züchtung einer radikalsten staatsverneinenden Sozialdemokratie. Das ist ja eine immer wieder sich bestätigende Erfahrung: rechtzeitige Gewährung von Rechten, die reif geworden sind, wirkt mächtig, erziehend, Verantwortlichkeitsgefühl erzeugend; Vorenthaltung dagegen radikalisiert, zerreißen, aufreizend. Wir haben ja in Süddeutschland in unserer Sozialdemokratie je und je auch radikale Elemente, auch die Spielart der Herren Haase und Genossen ist heute vertreten. Aber insgesamt ist die süddeutsche Sozialdemokratie nicht auf den schroffen Ton des Extremis gestimmt. Ihre Entwicklung nach einer staatsbejahenden, positiv mitarbeitenden Richtung hat viel früher eingesetzt als in Norddeutschland; schon lange vor dem Krieg. Hier ist die Stellung der Sozialdemokraten zu den Staatsnotwendigkeiten im Parlament eine ganz andere als im preußischen Landtag. Auch der Verkehr zwischen Regierung und sozialdemokratischen Vertretern beweist sich auf der Basis der Gleichachtung mit den anderen Parteien. Darum hat auch der jüngste törichte, verderbliche Streik in Süddeutschland nur ganz vereinzelt Boden gefunden. Er hat sich durchweg in den ruhigsten Formen abgewickelt. Wenn in Süddeutschland das möglich war, und wenn es hier so steht mit unserer Sozialdemokratie im großen Ganzen, so verdanken wir das in erster Linie der demokratischen Entwicklung unseres Staatslebens, der politischen Rechtsgleichheit, die schon längst und überall im Süden eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Ihr Fehlen, die politische Entrechtung der Massen hat in Preußen eine ähnliche Entwicklung der Sozialdemokratie unterbunden. Sie vor allem hat dort die Massen so lange in der Verneinung des Staates gehalten. Damit ist aber auch die Entwicklung der ganzen deutschen Sozialdemokratie auf lange Zeit in verhängnisvoller Weise aufgehalten und dadurch wiederum auch der ganze Gang des innerpolitischen Lebens des Reichs aufs schwerste beeinflusst worden. Es hat des ungeheuren Leidens dieses Krieges bedurft, um die Zerreißen des Volkes, die zum guten Teil dadurch verschuldet war, zu überwinden. Niemand wird sich wundern, wenn sie auch heute noch nachwirkt. Die Ausschüttung dieses Risses ist bei der heutigen Lage Deutschlands und seiner schweren Zukunft nach dem Krieg für uns in Süddeutschland ein so dringendes nationales Interesse wie für irgend jemand in Preußen. Sie ist nur möglich durch die Gewährung der politischen Rechtsgleichheit dort.

Ihre Gegner in Preußen sind zugleich auch die parteipolitischen Hauptstützen der Agitation in Sachen der Kriegsziele, die unser Volk zerreißen; ein Zusammenhang, der immerhin zu denken gibt. In Süddeutschland hat diese Agitation weniger Boden gefunden als im Norden. Das entspricht der mehr demokratischen Art unserer innerpolitischen Bodenverhältnisse. Dem süddeutschen Geiste liegt, aufs Ganze angesehen, nicht eine einseitig auf Machtinteressen und Eroberungspolitik eingestellte Außenpolitik. Darum erscheint wozu Kreisen im Süden die Machtstellung der durch die Klassenwahl bevorzugten Schicht in Preußen auch wegen ihrer Auswirkung auf die Außenpolitik des Reichs als schädlich. Sie hat uns auch tatsächlich geschadet, nicht nur durch die Sprache und die Forderungen einzelner ihrer Vertreter. Wer nicht Bedenken trägt, auch heute noch, nach so unermeßlichen Opfern des Volkes, die große Mehrheit der eigenen Volksgenossen, sei es auch in neuen Formen, weiter zu vergewaltigen oder zum mindesten ihnen die Gleichheit des Rechtes vorzuenthalten, der erweckt unwillkürlich draußen in der Welt Argwohn und Mißtrauen auch bezüglich seiner Absichten gegen fremde Völker. Wie das gegen uns gewirkt hat und wie es von unseren Feinden gegen uns ausgeschaltet worden ist, das haben wir zur Genüge erfahren. Wir wissen im Süden, was wir dem Reich und seiner von Preußen erzogenen militärischen Macht zu verdanken haben. Der Krieg hat es uns erst recht gelehrt, und hier in der Süddeutsche mahnt uns daran täglich sein Dröhnen von der nahen Vogelfront. Aber an den Opfern für das Vaterland hat heute der Süden den gleichen Anteil wie der Nor-

V. 1918
13
107